

1.3.2012

### **Bündnis90/DIE GRÜNEN zum Detmolder Haushalt 2012**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

nach zwei Anläufen von Konsenssuche wird in diesem Jahr erstmals wieder ein Haushalt mit einer klaren, aber nicht sog. breiten Mehrheit verabschiedet. Dies ist nicht verwunderlich, hat sich diese Tendenz doch bereits im letzten Jahr abgezeichnet.

Nach der Kommunalwahl 2009 wurde zum Haushalt 2010 eine sog. Perspektivkommission eingerichtet – der anspruchsvolle Name lautete „Perspektivkommission 2020“. In ihr arbeiteten alle Fraktionen und Einzelratsmitglieder sowie die Verwaltung mit. Ziel sollte es sein, für Detmold einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, in dem Kassenkredite nicht benötigt werden. In der ersten Runde 2010 wurden alle Bereiche der Verwaltung detailliert diskutiert und auf Einsparmöglichkeiten abgeklopft. Sehr schnell war klar, dass das Ziel, ohne Kassenkredite auszukommen, allein durch Einsparungen nicht erreichbar ist. Denn die Ausgabensteigerungen in Detmold sind nicht hausgemacht, sondern durch Bund und Land verursacht, ohne dass Bund und Land einen finanziellen Ausgleich hierfür schaffen.

*Beispiel 1:* Durch den Ausbau der U3-Betreuung . entstehen der Stadt Kosten von etwa 3 Mio. € pro Jahr, die das Land auch mal ausgleichen wollte. Übriggeblieben ist davon 1 Mio. und die ist auch noch nicht auf unserem Konto angekommen.

*Beispiel 2:* Der Bund verlagert soziale Kosten auf den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, der muss das mangels Masse an die Kreise weiterleiten und der Kreis Lippe erhöht dementsprechend die Kreisumlage für die Stadt Detmold um 2,3 Mio. €. Gleichzeitig sank durch das Konjunkturpaket 1 das Gewerbesteueraufkommen drastisch. Der Bund könnte z. B. durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes die Finanzierung sicherstellen – lieber reicht die Bundesregierung das Problem an die Kommunen weiter und drückt Hochglanzanzeigen.

In dieser Situation hat die erste Perspektivkommission ihr Ziel nicht erreicht. Zwar wurden einstimmig viele Einsparungen vorgenommen, beim Thema Einnahmeerhöhungen siegten aber die ideologischen Scheuklappen. Statt die Einnahmen zu nehmen, die dem Gemeinwesen Stadt zustehen, wurden die Steuererhöhungen nicht ausreichend festgesetzt,

so dass im Ergebnis Kassenkredite erforderlich wurden. Man dürfe den Bürger nicht belasten hieß es – belastet wurde er aber mit Kassenkrediten von derzeit ca. 16 Mio. €.

Die zweite Perspektivkommission ist dann endgültig gescheitert. Das Einsparpotenzial war wesentlich ausgeschöpft, Einnahmeverbesserungen nicht mehrheitsfähig. Wieder ein Haushalt mit Kassenkrediten. Dabei wurde in der 2. Perspektivkommission aber schon deutlich, dass es sehr fundamentale Unterschiede zwischen den Fraktionen und Einzelratsmitgliedern gibt, insbesondere was die Definition der Aufgaben einer Kommune angeht. Dies wurde dann in der jetzigen Haushaltsrunde deutlich.

Da ging es nicht mehr um die Lösung der Schuldenfalle, sondern um die immer gleiche Leier, über Finanzpolitik ungeliebte Bereiche zu kippen. „The same procedure as last yaer? The same procedure as every year!“

- *Alte Pauline*: Weg!
- *Buslinien*: Ausdünnen!
- *Förderung von energetischer Altbausanierung*: Brauchen wir nicht!
- Dies ging so weit bis zur Forderung, das Anrufsammeltaxi nur noch bis 24 Uhr am Wochenende fahren zu lassen. *Sicherheit für Jugendliche*: Kein Thema!
- *Stadthalle und Papiermühle*: Weg damit.
- Dafür aber die *Luxussanierung* am Wallgraben und einer Nebelmaschine.

„The same procedure as every year!“

Um es klar zu sagen: die Aufgabe einer Kommune ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dies betrifft die Mobilität, den Zugang zu Bildung und Kultur, die soziale Absicherung für alle und die ökologische Vorsorge. Hierfür sind auch die entsprechenden Einnahmen zu erzielen. Und genau an dieser Stelle müssen wir auch den fundamentalen Dissens hier im Rat feststellen. Sparen muss ein Ziel haben. Für uns ist das Ziel, dauerhaft die Fähigkeit der Stadt zu erhalten sozial und ökologisch zu handeln. Diesem Ziel dienen Einsparungen; diesem Ziel dienen Einnahmeverbesserungen. Sparen heißt eben nicht, alles kaputtschlagen, sondern Erhalt der Vielfalt mit den vorhandenen Mitteln. Um es mal wieder mit Griechenland zu sagen: ein wesentliches Problem in Griechenland ist, dass der Staat nicht in der Lage ist, bei den Gutverdienern die erforderlichen Steuern einzutreiben.

Es ist dem Kämmerer mit seiner eindeutigen Positionierung zum Thema Einnahmeverbesserungen zu verdanken, dass in diesem Jahr ein Haushalt ohne Kassenkredite verabschiedet werden kann. Denn durch die Vorlage einer Steuererhöhung in der Höhe, dass es keiner Kassenkredite bedarf und die vorhandenen in einem Zeitraum von 4 Jahren zurückgezahlt werden können, ist Dynamik in die Diskussion gekommen, auch wenn wir heute ein anderes Modell beschließen. Wenn klar ist, dass nicht wir vor Ort für die Misere verantwortlich sind und wenn gleichzeitig weitere flächendeckenden Ausgabenkürzungen zu einer teilweise Zerschlagung sozialer Daseinsvorsorge führen würden, dann muss ein Rat für das Gemeinwesen auch die Einnahmen erzielen, die rechtlich möglich sind. Es ist unverantwortlich, dass für ein paar Euro mehr in der Privatkasse ein finanzieller Trümmerhaufen des Allgemeingutums hinterlassen wird.

Mit dem von SPD, GRÜNEN und FDP getragenen Haushalt ist das ursprüngliche Ziel der Perspektivkommission erreicht: keine neuen Kassenkredite sowie deren Abbau im mittleren Planungszeitraum bei gleichzeitigem Erhalt Detmolds als sozialer und ökologisch orientierter Stadt. Dies schließt Einsparungen mit Augenmaß mit ein, auch wenn sie uns zum Teil weh tun.

Dieser Haushalt kann sich nicht nur regional, sondern landesweit sehen lassen:

- Immerhin sind die Einsparungen größer als die Steuererhöhungen.
- Wir erhöhen nur in dem Umfang Steuern, wie sie durch Maßnahmen des Bundes über die Kreisumlage an uns weitergereicht werden.
- Die Erhöhung der Grundsteuer ist sozial ausgewogen, da Bezieher von Wohngeld davon nicht betroffen sind.
- Die Erhöhung der Gewerbesteuer ist mitnichten wirtschaftsfeindlich, da nur Unternehmen, die gute Gewinne machen, diese zahlen müssen, während Unternehmen, die Verluste machen, keine Gewerbesteuer zahlen. Im Gegenzug erhalten aber alle Unternehmen einen attraktiven Standort mit einem guten Schulsystem und kulturellen Angeboten, durch die qualifizierte Fachkräfte angeworben werden können.

Die Vorschläge von CDU und FWG hätten nicht zu einem Haushalt ohne Kassenkrediten geführt. Die wesentlichen Einsparvorschläge kamen von den Fraktionen, die jetzt den Haushalt mittragen. Wir stellen uns zudem der Verantwortung auch die Einnahmen sicherzustellen, durch die ein Gemeinwesen nur existieren kann.

Der heutige Beschluss darf aber keine Eintagsfliege sein. Vielmehr stellen wir ganz bewusst den Antrag, innerhalb des Planungszeitraums die bisher aufgelaufenen Kassenkredite zurück zu zahlen. Mit der jetzt beschlossenen mittelfristigen Finanzplanung ist dies möglich.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

*Michael Brieden-Segler; Fraktionsvorsitzender*